

Mai 2017

ÖNZ-Standpunkt zur aktuellen Situation in der DR Kongo

Das Ökumenische Netz Zentralafrika ist höchst besorgt über die eskalierende Gewalt, die verheerende humanitäre Situation und den politischen Stillstand in der DR Kongo. Neben den seit langen äußerst instabilen Kivu-Regionen, in denen fast täglich Überfälle, Lösegeldforderungen und Vertreibungen geschehen, ist der sich ausweitende Konflikt in der Region Kasaï ein Menetekel für das gesamte Land.

Seit August 2016 nehmen gewaltsame Auseinandersetzungen und Massaker zu. Sowohl die Miliz Kamuina Nsapu als auch die kongolesische Armee FARDC haben sich schwerster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht. Hintergrund des Konfliktes ist die Ermordung eines regionalen Milizenführers durch kongolesische Soldaten. Seitdem herrscht ein sich ausweitender Krieg. Die Tötung von rund 100 vermuteten Mitgliedern der Miliz durch Soldaten der kongolesischen Armee nahe der Stadt Tshimbulu am 9. und 10. Februar schlug hohe Wellen. Der Konflikt erreichte mit der Ermordung zweier Mitglieder der UN-Expertengruppe, welche die Massaker untersuchen wollten, im März 2017 seinen traurigen Höhepunkt.

Zusätzlich alarmierend ist die Ausweitung dieses lokalen Konflikts in Kasaï Central auf die umliegenden Regionen. Allein in der Kasaï-Region wurden in den vergangenen Monaten über 400 Menschen getötet und rund 40 Massengräber gefunden. Die Vereinten Nationen (VN) schätzen Mitte April, dass rund 1,7 Millionen Menschen direkt von der Gewalt betroffen sind. Laut dem UNHCR wurden seit August 2016 über eine Million Menschen in der Kasaï-Region vertrieben, davon 600.000 Kinder. Mehr als 11.000 Menschen sollen bis Mitte April über die Grenze nach Angola geflohen sein.

Zeitgleich zur Zunahme der Gewalt in den Kasaï-Provinzen beschlossen die Mitgliedsstaaten der VN Ende März 2017 eine personelle Kürzung der VN-Friedensmission MONUSCO. Besonders die USA unter dem neuen Präsidenten Donald Trump sprachen sich für eine Reduzierung der derzeit 19.000 Männer und Frauen umfassenden Friedensmission aus. Dabei geht es um eine Kürzung von 3.000 Personen. Die US-amerikanische Botschafterin bei den VN sprach sich im Vorfeld sogar für eine komplette Einstellung der MONUSCO aus. In den Kasaï-Provinzen sind bislang kaum VN-Blauhelme im Einsatz. Zwar wird die Wirksamkeit der größten und teuersten VN-Friedensmission oftmals angezweifelt, einen Teilabzug bezeichnen viele Beobachter angesichts der jüngsten Entwicklungen jedoch als fatales Zeichen gegenüber den diversen Gewalttätern.

Aber auch im Nord-Kivu, wo die MONUSCO zwar seit Jahren stationiert ist, bleibt die Sicherheitslage weiterhin in hohem Maße instabil. Seit über zwei Jahren finden immer wieder Massaker um die Stadt Beni statt. Hinzu kommen die weniger sichtbaren Leiden, insbesondere die zunehmenden Entführungen und täglichen Gewaltdrohungen durch Banditen und bewaffnete Einheiten. Erschreckend ist auch die kontinuierliche Zunahme sexualisierter Gewalt. Die Täter sind verschiedene Milizgruppen, Bürgerwehren und staatliche Sicherheitskräfte.

Die anwachsende Gewalt geht mit steigenden Spannungen angesichts der politischen Blockade im Land einher. Die katholische Bischofskonferenz CENCO hat ihren Versuch, die Verfassungskrise auf dem Verhandlungsweg zwischen Regierung und Opposition zu lösen, im März für gescheitert erklärt. Unter deren Vermittlung hatten sich die kongolesische Regierung und Opposition im so genannten

Silvesterabkommen auf konkrete Schritte zur Vorbereitung der überfälligen Präsidentschaftswahlen unter Einhaltung der Verfassung geeinigt. Auf Regierungsseite sind seitdem keinerlei ernsthafte Bemühungen zur Umsetzung des Abkommens erkennbar. Die Opposition präsentiert sich seit dem Tod des langjährigen Oppositionsführers Etienne Tshisekedi Anfang Februar 2017 gespaltener denn je. Der Rückzug der CENCO lässt die Hoffnung auf Wahlen und eine friedliche Machtübergabe weiter sinken.

Anfang April äußerte sich Präsident Joseph Kabila erstmals zur Lage in Kasai und kam einer seit dem Silvesterabkommen bestehenden Forderung nach, einen Premierminister aus den Reihen der Opposition zu ernennen. Die Wahl fiel auf Bruno Tshibala, der zu den Gründungsmitgliedern der Oppositionspartei UDPS gehört. Die Mehrheit der Opposition kritisiert diese Entscheidung, denn der ehemalige Generalsekretär der UDPS hat sich mit seiner Partei überworfen. Die von der Opposition ausgerufenen landesweiten Proteste im April wurden verboten. Experten zeigen sich zudem kritisch gegenüber der Aussage Kabilas, dass die Wahlen zwar noch dieses Jahr stattfinden sollen, jedoch " ohne Einmischung von außen". Auch zu seiner politischen Zukunft äußerte er sich weiterhin nicht. Verfassungsgemäß kann er zu keiner weiteren Amtszeit mehr kandidieren.

Das unsichere und angespannte Klima im gesamten Land trifft vor allem die Zivilbevölkerung. Neben den Massakern und Vertreibungen und der enorm schlechten wirtschaftlichen Lage, sind eine zunehmende Einschränkung von Versammlungsfreiheit und Meinungsäußerung zu beobachten. So erfahren friedlich demonstrierende Mitglieder der Zivilbevölkerung kontinuierlich Repressalien.

Aufgrund des Anstiegs der Gewalt, der zunehmenden Repressalien gegenüber der Bevölkerung und der Krise geschuldeten akuten humanitären Notsituation im ganzen Land, bittet das Ökumenische Netz Zentralafrika die Bundesregierung, sich in ihren bilateralen Beziehungen und auf internationaler Ebene für Folgendes einzusetzen:

- Eine Ausweitung der schon bestehenden gezielten EU-Sanktionen. Diese beinhalten Visaverbote, Einschränkung der Reisefreiheit und das Einfrieren von Konten und Geldern gegen Regierungs- und Sicherheitsleute, die federführend für gewalttätige Repressionen und Menschenrechtsverletzungen sind sowie gegen Mitglieder der Regierung und der Opposition, die das Silvesterabkommen blockieren und somit den demokratischen Prozess verhindern.
- Die amtierende Regierung und die Opposition immer wieder dazu aufzurufen, das Silvesterabkommen ernsthaft umzusetzen und die politische Blockade aufzulösen. Hierbei sind eine kohärente Strategie und der gemeinsame Druck von Seiten der AU, EU, VN und den Nachbarstaaten der DR Kongo notwendig.
- Der tiefen Besorgnis um die sich verschlechternde Menschenrechtssituation und kontinuierliche Einschränkung des politischen Handlungsspielraumes in bilateralen Gesprächen mit kongolesischen Regierungs- und Botschaftsvertretern immer wieder Ausdruck zu verleihen und zu unterstreichen.
- Das Mandat der VN-Blauhelmtuppe MONUSCO muss den neuen Herausforderungen besonders in der heiklen Periode vor den Wahlen und perspektivisch während der Wahlen angepasst werden und die MONUSCO muss sich strategisch mit den aufflammenden Gewaltherden im gesamten Land befassen. Als erstes Prinzip gilt dabei der Schutz der Zivilbevölkerung.
- Für die Einsetzung einer internationalen unabhängigen Untersuchungskommission, die die Massaker um Beni und in Kasai-Central sowie die Ermordung der beiden UN-Experten aufklärt.